

## **TAG DER OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS**

### **IM SAARLÄNDISCHEN LANDTAG**

AM 27. JANUAR 2019

PROF. DR. GÜNTER MORSCH

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

Sehr geehrte überlebende Opfer des nationalsozialistischen Terrors und Angehörige

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, des Saarländischen Landtages und Mitglieder der Landesregierung,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Schülerinnen und Schüler

„Komm mit zum Judenerschießen!“ sagte ein SS-Mann zum anderen, „es gibt auch Alkohol.“ Hastig und wild übereinander geworfen, so fanden wir, die Mitglieder einer von der Brandenburgischen Landesregierung eingesetzten Expertengruppe zur Aufklärung einer Massenmordaktion im Februar 1945, in einer Sandgrube direkt neben dem Tatort die von den Mördern in nicht geringer Zahl während ihrer blutigen Erschießungen geleerten Wein- und Schnapsflaschen. In der näheren Umgebung der Grube lagen noch Patronenhülsen und Magazine ihrer Mordwerkzeuge. Die SS-Männer, die in einer zwei Tage andauernden Massenmordaktion 1.342 vorwiegend ungarische und polnische Juden töteten, hatten zunächst einfach durch das dünne Holz der sogenannten Schonungsbaracken des im Süden Brandenburgs errichteten KZ-Außenlagers Lieberose von Sachsenhausen hindurch auf die dort zusammen gepferchten wehrlosen Opfer geschossen. Wem es gelang durch Türen und

Fenster herauszuklettern, den ließen die Mörder auf dem Boden zu sich herankriechen, um sie mit Kopfschüssen zu töten.

So sah er aus, der letzte Akt des Holocaust bzw. der Shoah, kaum anders als in den Kriegsjahren zuvor, nur jetzt auf deutschem Boden und unter den Augen der deutschen Bevölkerung. Obwohl der Kanonendonner der anrückenden Roten Armee bereits zu hören war und das Ende des „Dritten Reiches“ unmittelbar bevorstand, steigerte sich der Vernichtungswille der Nationalsozialisten immer mehr. Nein, nicht obwohl, sondern gerade deshalb. Denn die Anhänger des NS-Regimes wollten nicht nur möglichst viele Menschen mit in ihren eigenen Untergang hineinreißen, nein, sie wollten noch mehr, nämlich der Welt beweisen, dass das „Dritte Reich“ die systematische Vernichtung von Millionen Menschenleben weniger als sekundäre Folge seines Eroberungskrieges, sondern primär aus ideologischen Motiven planvoll und absichtlich betrieb. Massenmord und Lebensvernichtung waren daher kein funktionaler Kollateralschaden des Krieges, sondern sie waren das eigentliche Programm und Ziel der Nationalsozialisten.

Als 1996 der damalige Bundespräsident Roman Herzog zusammen mit Ignatz Bubis, dem unvergessenen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, den 27. Januar, den Tag der Befreiung der von der SS zurückgelassenen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz, als allgemeinen Gedenktag vorschlugen, war ihnen der Symbolcharakter durchaus bewusst. Mit dem Namen des deutschen Konzentrationslagers verbindet sich nicht nur ein spezifischer Ort, wo über eine Million vorwiegend jüdischer Menschen umgebracht worden waren, sondern sein Name steht gerade auch für die Einzigartigkeit des Holocaust unter den zahlreichen Verbrechen des „Dritten Reiches“. Trotzdem widmeten beide Initiatoren den Gedenktag absichtlich und bewusst allen Opfern des Nationalsozialismus. Wenn heute gelegentlich der 27. Januar als „Holocaust-Tag“ bezeichnet wird, dann widerspricht dies zweifellos seiner ursprünglichen Intention. Denn für den Nationalsozialismus galt die Vernichtung millionenfachen menschlichen Lebens als ein allgemeines legitimes staatliches Instrument zur Herstellung einer von Deutschland und seinen Verbündeten beherrschten Welt. In ihr durfte es für alle Juden, für Sinti und Roma, für viele Millionen sogenannter slawischer Untermenschen, für politische Gegner ebenso wie für psychisch Kranke, für männliche Homosexuelle und für sogenannte unnütze und asoziale Esser oder

unheilbar durch ansteckende Krankheiten geschwächte Menschen, für alle diese stigmatisierten Gruppen und Individuen durfte es keinen Platz mehr auf der Erde geben. Die Lebensvernichtungspolitik der Nationalsozialisten kannte prinzipiell keine Grenzen und wir wissen nicht, wen sie alles noch erfasst hätte, wäre Deutschland nicht besiegt worden. Denn der Völkermord an den Juden, der einzige Genozid, bei dem alle Angehörigen vom Baby bis zum Greis ermordet werden sollten, war wie ein schwarzes Loch im Universum des Nationalsozialismus, das prinzipiell alles und jeden potentiell in sich hinein ziehen konnte.

Es hat in Deutschland viele Jahrzehnte zumeist heftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen bedurft, unter denen vor allem die NS-Opfer und ihre Angehörigen noch lange nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gelitten haben, bis dieser generelle Vernichtungswahn des Deutschen Reiches in seinen ganzen Dimensionen von einem Großteil der Öffentlichkeit, der Politik und der Gesellschaft anerkannt wurde. Und daher sehe ich überhaupt keinen Grund für einen Aufarbeitungsstolz. Leugnung oder Verharmlosung der Verbrechen, Banalisierungen und Relativierungen, mit denen versucht wird, das allmähliche Entstehen einer aufgeklärten Erinnerungskultur in Deutschland zu verhindern, begleiten diesen langsamen und häufig schmerzvollen Prozess der kritischen Selbstbefragung von Beginn an.

Trotzdem haben viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend den Eindruck und die Sorge, dass wir nur wenig mehr als zwanzig Jahre nach der Einführung des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus bereits vor der Gefahr eines Rückfalls in vergangenheitspolitische Vorstellungen und Mythen der fünfziger und sechziger Jahre stehen. Anzeichen dafür gibt es tatsächlich nicht wenige. Um es gleich vorweg zu nehmen: ich glaube nicht, dass es gelingen kann, angesichts der von der Geschichtswissenschaft ebenso wie von zahlreichen über die ganze Bundesrepublik verteilten ehrenamtlichen Initiativen über viele Jahre aufgearbeiteten Geschichte des Nationalsozialismus, die weitgehend überwundene Mauer aus Verdrängung und Verschweigen wieder aufzurichten. Wer die außerordentlich große Breite und Tiefe unserer historischen Erkenntnisse aus dem über siebenjährigen Prozess der Aufarbeitung schlicht leugnet und zu alten längst widerlegten apologetischen Rechtfertigungen zurückgreift, stellt sich ins gesellschaftliche Abseits, ja er macht sich lächerlich. Trotzdem steht die Erinnerungskultur zweifellos vor neuen Herausforderungen.

Ich will versuchen, diese im Folgenden in der gebotenen Kürze zu thematisieren:

Mit dem allmählichen Erlöschen der Erlebnisgeneration und dem absehbaren Ende der Zeitzeugenschaft wird aus Zeitgeschichte Geschichte. Der unaufhaltsame Prozess der Historisierung des Nationalsozialismus verändert unsere Wahrnehmungen und Einstellungen. Die Zeitzeugen, vor allem aus dem Kreis der Opfer der NS-Verbrechen, waren in der Lage, durch Ihre Präsenz und ihre eindrucksvollen Berichte eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu schlagen; sie kann in dieser Weise nicht mehr aufrecht erhalten werden. Vor allem aber ließen sie uns an ihrem Schicksal auch emotional teilhaben, wodurch gerade bei Schülerinnen und Schülern eine nachhaltige Empathie mit den Leiden der Opfer geweckt werden konnte. Ich darf an dieser Stelle, um nur ein Beispiel zu nennen, an Alex Deutsch erinnern. Der jüdische Überlebende des KZ Auschwitz hat viele Jahre lang seine Erinnerungen an saarländische Schülerinnen und Schüler weitergegeben. Die von den Überlebenden des NS-Terrors vermittelte emotionale Kraft und Eindringlichkeit in der Darstellung ihrer subjektiv erlebten Geschichte ist unersetzbar. Allenfalls können ihre Angehörigen noch in ähnlicher Weise die zumeist schmerzhaften Erfahrungen, die mit nachwirkenden Traumatisierungen sowie wiederholten Demütigungen und langwierigen Auseinandersetzungen verbundenen waren, schildern und auch dadurch dem unangebrachten Aufarbeitungstolz in Deutschland begegnen.

Mit dem Ende der Zeitzeugenschaft auch auf der Seite der Täter und der sogenannten bystander - ein englisches Fachwort, das mit dem deutschen Begriff der „Zuschauer“ nur unvollständig übersetzt wird - , ändern sich auch die Motive und Formen persönlicher Beschäftigung mit der NS-Diktatur. Der von „rechten“ Gegnern der Aufarbeitung immer wieder erhobene Vorwurf einer sogenannten Volkspädagogik der Schuld trifft schon seit vielen Jahren weder auf die Didaktik noch auf das Selbstverständnis deutscher Erinnerungspolitik zu und ist eine zu demagogischen Zwecken instrumentalisierte Schimäre. Aber für die Töchter und Söhne, die wie ich mit der Erlebnisgeneration aufgewachsen sind, war die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit nicht selten Teil eines emotional ausgetragenen

Generationenkonflikts. Das trifft auf Enkel und Urenkel der Zeitgenossen nicht mehr in gleichem Maße zu. In der Folge haben sich auch solche pädagogischen Ansätze historischer Bildungsarbeit weitgehend überlebt, die versuchen, quasi im Nachvollzug und analog zu den Erfahrungen der in den fünfziger und sechziger Jahren aufgewachsenen Generationen eine individuelle, wörtlich zu verstehende „Betroffenheit“ zu erzeugen.

Neuere Untersuchungen lassen eher vermuten, dass mit dem zeitlichen Abstand die teilweise unkritische Übernahme von Rechtfertigungsnarrativen der Großeltern- und Urgroßelterngenerationen, die anscheinend in vielen Familien unwidersprochen tradiert werden, immer noch wirksam sind. Immer schon klafften Familiengedächtnis und erlernte Geschichte auseinander und diese Kluft ist nicht kleiner geworden, sondern teilweise aufgrund der ungleichzeitigen Entwicklung beider Erinnerungsformen, der privaten und persönlichen einerseits sowie der öffentlichen, größtenteils wissenschaftlich fundierten andererseits, eher sogar gewachsen. Dabei gehört die Anerkennung und Verurteilung der zahlreichen nationalsozialistischen Verbrechen zum allgemein akzeptierten Geschichtsverständnis, während gleichzeitig die Zustimmung oder sogar Beteiligung eigener Familienmitglieder abgestritten oder zumindest tabuisiert wird. Den seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an vielen Orten entstandenen, vorwiegend ehrenamtlich arbeitenden dezentralen Bürgerinitiativen, Geschichtswerkstätten oder „Grabe-wo-Du-Stehst“-Bewegungen ist es in der Hauptsache zu verdanken, dass in der Bundesrepublik Deutschland eine Erinnerungskultur entstanden ist, die nicht quasi von oben verordnet wurde, wie etwa in der DDR, sondern von unten gegen teilweise heftige Widerstände erkämpft werden konnte.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrte Damen und Herren, dass ich in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus meinem saarländischen Heimatort anführe. Es ist hauptsächlich dem unbequemen und hartnäckigen Einsatz einer solchen Bürgerinitiative zu verdanken, dass der saarländische Sozialdemokrat Alois Kunz als mutiger Widerstandskämpfer geehrt wurde. Erst sechzig Jahre nach der Saarabstimmung, in der er gegen die Angliederung an Nazi-Deutschland gekämpft hatte, und 56 Jahre nach seiner Verhaftung und Verschleppung in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Auschwitz, wo er schließlich 1942 verstarb, erfuhr er in seinem Heimatdorf eine erste Ehrung. Leider wird sie nach wie vor nicht von allen Gemeindemitgliedern anerkannt, was ein Indiz

dafür ist, über welche lange Fristen sich familiär tradierte Erzählungen verfestigen und wie tief sich Erinnerungslücken und Vorurteile in das private Gedächtnis eingraben.

Insoweit als die zivilgesellschaftlich organisierte, breite Bewegung der Aufarbeitung an Generationskonflikte gebunden ist, wird sie sich zwangsläufig verändern. Doch das muss nicht notwendigerweise auch ein Ende der zurecht vielfach gelobten dezentralen Erinnerungskultur in Deutschland zur Folge haben. Die vor allem auch von Jugendlichen getragenen Initiativen zur Verlegung und Pflege von sogenannten Stolpersteinen machen Mut und sind eines von mehreren Beispielen dafür, dass zivilgesellschaftliche fundierte Erinnerungskultur in anderen Formen lebendig bleiben kann. Auch die vielfältige Arbeit an den Gedenkstätten und anderen Bildungseinrichtungen vermag solche nachhaltigen Ansätze zu unterstützen. In den Jahren nach der deutschen Einheit haben sich Selbstverständnis und Arbeit der Gedenkstätten an den historischen Orten stark gewandelt. Sie verstehen sich inzwischen als zeithistorische Museen mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben. Die pädagogische Arbeit an und mit den authentischen Relikten, seien es Baudenkmale, archäologische Spuren, Artefakte, bildliche Darstellungen oder Dokumente, kann sinnliches, emotionales und kognitives Lernen miteinander verbinden. Darin vor allem liegen die Chancen einer historischen Bildung am historischen Ort, das auch die Brücke schlägt zu den heutigen Lebenswelten und Fragen der Jugendlichen.

Aus eher liberalem und intellektuellem Milieu ist dagegen eine andere Form der Kritik zu vernehmen; dort spricht man von einem „neuen Unbehagen an der Erinnerungskultur“. Dabei wird vor allem eine angebliche Ritualisierung und Verstaatlichung der Erinnerung kritisiert und gefragt: „Wie kann man das kritische Potential in der Erinnerungskultur retten und verhindern, dass Erinnerung pietätvoll und rituell, aber kostenlos und folgenlos praktiziert wird.“ (Aleida Assmann) Tatsächlich ist in den Jahren nach der deutschen Einheit das Gedenken an die Opfer der NS-Verbrechen vom Rand in das Zentrum der Gesellschaft gerückt. Fast siebzig Prozent aller in einer repräsentativen Untersuchung befragten Deutschen betrachten inzwischen die Erinnerung an den NS-Terror als Teil ihrer Identität. Bei jungen Menschen liegt dieser Anteil

noch darüber. Darüber dürfen wir uns sehr freuen. Die Sorge vor dem Verlust an Widerständigkeit und kritischem Potenzial der Erinnerung, die durch Ritualisierung und staatliche Anerkennung verloren gehen könnten, ist m. E. übertrieben. Da die Nationalsozialisten ihre Verbrechen vorwiegend an Minderheiten verübten, kommt jedes Gedenken, ob staatlich oder bürgerschaftlich organisiert, nicht umhin, sich mit den erschreckenden Kontinuitäten der Diskriminierung in der Gegenwart, seien es Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Homophobie oder politische Verfolgung, auseinanderzusetzen und sie zu thematisieren. Das Gedenken behält dadurch seinen Stachel. Solange gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch in den modernen demokratischen Gesellschaften fort existiert, mindestens so lange bleibt auch die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen wach.

Viel problematischer ist es dagegen, wenn Staat und Politik der Versuchung erliegen, die Geschichte zu politischen Zwecken zu missbrauchen und zu instrumentalisieren. Es kommt leider immer wieder vor, dass hohe Repräsentanten unserer Staates angebliche Lehren aus der Geschichte heranziehen, um tagespolitische Entscheidungen zu begründen oder zu beeinflussen. So vermag z. B. weder der Zivilisationsbruch, der mit dem Namen Auschwitz verbunden ist, neue Kriege in Europa zu rechtfertigen, noch legitimiert ein Verweis auf den Hitler-Stalin-Pakt am 75. Jahrestag des Überfalls auf Polen Forderungen nach einer härteren Sanktionspolitik gegenüber Russland. Um solcherart Manipulationen und Instrumentalisierungen vorzubeugen, brauchen Gedenken und Erinnerung heute umso mehr historisches Wissen. Ohne die Einbettung der Geschichte in historische Kontexte und Ursachen ist die Versuchung groß, bestimmte Ereignisse aus der Unheilsgeschichte des „Dritten Reiches“ aus ihren Zusammenhängen zu reißen und auf gegenwärtige Entwicklungen unkritisch zu übertragen. Geschichte ist kein moralisches Rezeptbuch, das uns den pluralistischen und kontroversen Diskurs erspart. Die Geschichte zeigt jedoch Perspektiven, Alternativen und Bedingungsnetze möglichen Handelns und als solche kann sie durchaus eine wertvolle Ressource für Gesellschaften sein, die aus ihr lernen wollen. Geschichte darf jedoch keinesfalls dazu benutzt werden, um sachliche Kontroversen durch emotionale Überwältigung zu behindern. Gerade der multiperspektivische Blick auf die Geschichte ist ein wirksamer Schutz gegen vermeintliche Sachzwänge, gegen Alternativlosigkeit und Schicksalhaftigkeit.

Ich bin sehr dankbar, dass heute fast alle politischen Parteien in Deutschland eine Verbesserung historisch-politischer Bildung anstreben; so steht es u. a. auch im Koalitionsabkommen der jetzigen Bundesregierung. Dabei geraten in der Regel Jugendliche in den Blick, die offenbar als besonders bildungsbedürftig angesehen werden. Ohne diese lobenswerten politischen Initiativen relativieren zu wollen, fehlt mir dabei jedoch der Hinweis auf die m. E. kaum weniger wichtige, nicht selten defizitäre historisch-politische Bildung vieler Erwachsener vor allem bestimmter Berufsgruppen. Die Weimarer Republik – und damit will ich mich auch auf das riskante Feld historischer Vergleiche wagen – ist nicht nur deshalb zusammengebrochen, weil immer mehr Wähler den demokratischen Parteien ihr Vertrauen entzogen. Viel wichtiger noch war, dass die verantwortlichen Eliten in Staat, Reichswehr und Wirtschaft autoritäre oder sogar diktatorische Regierungsformen der Demokratie vorzogen und daher nur allzu bereit waren, die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Durchsetzung des „Führerstaates“ zu unterstützen. Das galt z. B. in besonderem Maße für den Berufsstand, der den liberalen Rechtsstaat an herausragenden und einflussreichen Stellen verteidigen und exekutieren muss: die Juristen. Umso wichtiger scheint es mir daher, dass möglichst alle Angestellten und Beamten des Staates, insbesondere solche, die in Bildungseinrichtungen, in Justiz, Polizei, Verwaltung und Bundeswehr tätig sind, regelmäßig in der Geschichte des Jahrhunderts der Extreme weitergebildet werden. Dafür halte ich auch eine Weiterbildungspflicht für angemessen.

Die Erinnerungskultur muss sich zunehmend auch, damit komme ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum letzten Punkt meiner Ausführungen, aus ihrer einseitigen Fixierung auf die Nationalgeschichte lösen. Das gebietet bereits der zunehmende Bevölkerungsanteil von Menschen mit migrantischem Hintergrund. Sie erreichen wir vor allem dann, wenn es gelingt, auch an ihre tradierten Erinnerungskulturen anzuknüpfen. Auch für ein Europa und eine globalisierte Welt, in der die Menschen unterschiedlicher Herkunft und in unterschiedlichen Ländern immer stärker miteinander verbunden sind, sollte sich der Blick auf die Geschichte weiten und über nationale Erzählungen hinausgehen. Zurecht wird dabei immer wieder darauf hingewiesen, dass die Europäische Union das Ergebnis eines erfolgreichen Lernprozesses aus der Geschichte ist. Hatte der ehemalige britische Premierminister Winston



Churchill noch kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1946 einen, wie er sagte, „segensreichen Akt des Vergessens“ für notwendig erachtet, „um den Schrecken der Vergangenheit den Rücken zuzukehren und in die Zukunft zu schauen“, so erwies sich schon bald und immer stärker die Erinnerung an Krieg, Zerstörung und Menschheitsverbrechen als ein wichtiges Antriebsmoment europäischer Verständigung. Kein anderes Land in Europa hat davon mehr profitiert als Deutschland und wahrscheinlich kaum ein andere deutsches Bundesland mehr als das Saarland. Die vielen mit internationalen Preisen ausgezeichneten Romane, Essays und Erinnerungen des bekannten saarländischen Schriftstellers Ludwig Harig z. B. widerlegen Churchills Prognose und legen von der Bedeutung und Wirksamkeit der Erinnerung für die transnationale Verständigung eindrucksvolle Zeugnisse ab. Auch die deutsche Einheit wäre wohl von vielen Nachbarstaaten der Bundesrepublik ohne den grundlegenden Wandel der Erinnerungskultur in Deutschland nicht unterstützt worden.

Doch spätestens seit der Aufnahme ost- und mittelosteuropäischer Länder in die EU kurz nach der Jahrtausendwende scheint sich diese außerordentlich erfreuliche Entwicklung wieder umzukehren. Nationale Narrative und Mythen drängen wieder in den Vordergrund. Die Erinnerung legt das maligne Potential der Geschichte offen. Scheinbar aus dem Nichts tauchen alter Hass und Rachegefühle zum Teil aus längst vergangenen Zeiten wieder auf, wie uns z. B. der Jugoslawienkrieg gezeigt hat. Mit der Beschwörung verlorener Schlachten vor hunderten von Jahren können Nachbarn gegen Nachbarn aufgehetzt und können Kriege auch in Europa wieder angezettelt werden. Die Erinnerung ist also nicht risikolos, sie ist kein Allheilmittel. Der Umgang mit ihr muss verantwortungsvoll sein. Das Jahrhundert der Extreme, wie der britische Historiker Eric Hobsbawm die europäische Entwicklung zwischen Imperialismus, Erstem Weltkrieg, Faschismus, Stalinismus, Nationalsozialismus und wirtschaftsliberaler Demokratie bezeichnet hat, ist offenbar noch nicht zu Ende. Geschweige denn, dass wir an ein Ende der Geschichte gelangt sind, wo sich das westliche Modell der Demokratie global durchgesetzt hat. Auch das westeuropäische Modell der Erinnerung kann nicht einfach auf andere Länder übertragen werden. Wie ich als ehemaliger Direktor der größten Gedenkstättenstiftung Deutschlands, der mit polnischen Einrichtungen und

Personen engen Kontakte pflegte, aus eigener Erfahrung weiß, wird die Anpreisung der deutsch-französischen Verständigung als ein Vorbild für die Versöhnung mit den Menschen Mittel- und Osteuropas vielfach als geschichtsvergessene Zumutung und wiederholte Demütigung empfunden. Dabei verweist man zurecht zum einen auf die völlig anderen Dimensionen der deutschen Besatzungspolitik und des nationalsozialistischen Terrors, die in den Staaten östlich der Grenzen des Deutschen Reiches Formen geplanter Vernichtung und Versklavung großer Bevölkerungsteile annahmen. Außerdem muss Europa zum anderen auch die Erinnerung an das Unrecht und an die Verbrechen kommunistischer Diktaturen in sein Gedächtnis integrieren.

Doch die Versuche vornehmlich der letzten zehn bis zwanzig Jahre in Sorge um den Fortbestand der EU die Sicht auf die europäische Geschichte zu vereinheitlichen, sie per Dekret des Europaparlaments, der EU-Kommission oder einzelner Staaten unter die Vorherrschaft einer europaweiten einheitlichen historischen Meistererzählung zu stellen, sind nicht nur, wie ich meine, gescheitert, sondern haben die Gräben eher vertieft. Der Schaffung einer transnationalen Erinnerungskultur sind im wörtlichen und übertragenen Sinne Grenzen gesetzt. Umso wichtiger ist es aber, die Verständigung in Europa über die notwendigerweise unterschiedlichen Sichten auf die Geschichte und die Erinnerungsweisen daran zu fördern. Es ist mehr gewonnen, wenn wir verstehen, warum z. B. in Spanien das Gedenken an die Opfer des Bürgerkrieges der dreißiger Jahre so schwer fällt, warum es in Frankreich nicht einfach ist, die Erinnerung an Kollaboration und Résistance zusammenzubringen, wieso für die Polen der Name von Katyn, Symbol des von Stalin befohlenen Massenmordes an polnischen Offizieren, kaum weniger wichtig ist als die Namen der deutschen Vernichtungslager Belzec, Kulmhof, Sobibor und Treblinka und warum man in Griechenland die europäische Währungs- und Austeritätspolitik der letzten Jahre in erster Linie Deutschland übel genommen hat.

Auch der 27. Januar, der Tag der Befreiung der von der SS zurückgelassenen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz, wird in den europäischen Staaten unterschiedlich begangen: in Deutschland als Tag aller Opfer des Nationalsozialismus, vornehmlich in westeuropäischen Staaten als Gedenktag für die Opfer des Holocaust an den Juden. In mittel- und osteuropäischen Staaten wird dagegen der 23. August, der Tag, an dem der Hitler-Stalin-Pakt

unterzeichnet wurde, als Gedenktag für “alle Opfer aller autoritärer und totalitärer Staaten“ stärker beachtet. Daneben gibt es noch in allen Ländern spezifische nationale Gedenktage, so auch in Deutschland der Volkstrauertag, an dem in der Tradition des „Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge“ unterschiedslos an alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft erinnert werden soll.

Es ist unsere vornehmste Aufgabe, zu verstehen, warum die Erinnerungen so unterschiedlich sind. Im gegenseitigen Verstehen der Geschichte und in der Akzeptanz unterschiedlicher Erinnerungen liegen auch zukünftig die Chancen der Verständigung im Gedenken über nationale Grenzen hinweg. Und dieses gegenseitige Verständnis der unterschiedlichen Sichtweisen auf die Geschichte zu fördern und sie nicht durch Vereinheitlichungsversuche zu erschweren, ist nötiger denn je, wollen wir das Projekt Europa nicht aufgeben, sondern festigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.